



KATHARINA NICKOLEIT

Bolivien

Ein Länderporträt

Ch. Links Verlag

verlangten Steuerprivilegien. 1925 zahlte er etwa 900 000 US-Dollar Steuern – auf einen Gewinn von 6,6 Millionen US-Dollar. Bei den übrigen Zinnbaronen war es ähnlich. Auch sonst profitierte die bolivianische Wirtschaft kaum von dem Reichtum, der aus der Erde des Landes geholt wurde, denn die Erträge investierte Patiño nicht im eigenen Land, sondern in Zinnwerke in Hamburg und Liverpool. Und in den verschwenderischen Luxus diverser Paläste. Zwei davon können in Cochabamba besichtigt werden, der Palacio Portales in der Stadt selbst und Payrumani in dem Vorort Vinto. Beide wurden von europäischen Architekten und Handwerkern erbaut, und auch ein Großteil der Baumaterialien wurde importiert, seien es italienischer Marmor oder französische Seidentapeten.

Revolution und Militärdiktatur

Bis in die 1950er Jahre hinein durften nur die weißen und dazu reichsten Bolivianer wählen, es waren gerade mal drei Prozent der Bevölkerung, denn das Wahlrecht war nicht nur an die Beherrschung der spanischen Sprache, sondern auch an ein festgesetztes Mindestvermögen gebunden. Auch sonst waren die Verhältnisse äußerst ungerecht und rückständig. 92 Prozent aller landwirtschaftlich nutzbaren Flächen gehörten einigen hundert Großgrundbesitzern, die Analphabetenrate lag bei 70 Prozent, und im ganzen Land gab es bei 2,7 Millionen Einwohnern nur 700 Ärzte und lediglich 4000 Studenten (In Deutschland kämen im Jahr 2018 auf 2,7 Millionen Einwohner ungefähr 11 000 Ärzte und 90 000 Studenten). Nicht nur die Minenarbeiter, sondern Menschen aus vielen Teilen der Bevölkerung forderten Veränderungen und wählten 1951 die Nationalrevolutionäre Bewegung MNR. Bevor die MNR unter Führung von Víctor Paz Estenssoro die Regierungsverantwortung übernehmen konnte, griff das Militär auf Betreiben der Minen- und Großgrundbesitzer mit einem Putsch ein. Die MNR entschloss sich zum bewaffneten Kampf. Minenarbeiter zogen nach La Paz, und nach heftigen Kämpfen mit rund 600 Toten übernahm die MNR 1952 die Macht. 40 Jahre nach der Mexikanischen war dies die zweite Revolution in Lateinamerika.

Es folgte eine ganze Reihe von Reformen. Die wichtigste war die des Wahlrechts. Von nun an durften alle Bolivianer über 21 Jahre, ob Mann oder Frau, des Schreibens kundig oder nicht, wählen. Wichtig war auch die Bildungsreform, mit der Grundschulen verpflichtend und kostenfrei wurden. Im Rahmen der Landreform wurden Ländereien von mehr als 300 Hektar enteignet und die Äcker den Arbeitern zugesprochen, die sie bis dahin für die Großgrundbesitzer bewirtschaftet hatten. Aber es gab auch viele Zugeständnisse an die Oligarchen, die reichlich aus der Staatskasse entschädigt wurden, und nur wenig Unterstützung für die *campesinos*, die Vertreter des Landvolks, denen es an Kapital und Kenntnissen fehlte. Die Minen wurden enteignet und von der staatlichen Bergbaugesellschaft COMIBOL übernommen. Neben den anderen Zinnbaronen verlor

auch die Familie des inzwischen verstorbenen Patiño ihre Gruben, doch die waren bereits weitgehend ausgebeutet und der Preis für Zinn nach den Weltkriegen ohnehin im Keller. Kurzum: Die Revolution von 1952 führte zu keiner deutlichen Verbesserung der Lebensverhältnisse, weshalb sie auch als »die unvollendete Revolution« bezeichnet wird.

Im Lauf der Jahre übten die Oligarchen immer mehr Druck auf die Regierung aus, die Rechte der Gewerkschaften wieder zu beschränken. Darüber entzweite sich die Führung der MNR. Gleichzeitig hatte viel Kapital das Land verlassen, und die Wirtschaft lag am Boden. Geschwächt durch die inneren Diskrepanzen war die Regierung ein leichtes Ziel und wurde 1964 durch einen Militärputsch abgelöst. Mit dieser Machtübernahme begann die sogenannte weiche Diktatur, denn zumindest anfangs bestand die Hoffnung, die neue Regierung werde für stabilere Zeiten sorgen. Doch das Land stürzte ins Chaos. Ein Staatsstreich folgte dem nächsten, und zeitweise war es unmöglich, den Überblick darüber zu behalten, wer gerade an der Macht war. Im Oktober 1970 hatte Bolivien allein an einem einzigen Tag sechs verschiedene Präsidenten. Mit dem Putsch von Oberst Hugo Banzer wurde die Lage 1971 übersichtlicher, denn der etablierte eine waschechte Militärdiktatur, in der Gewerkschaften, alle linken Parteien und die freie Presse verboten waren und Oppositionelle spurlos verschwanden. Doch auch seine Herrschaft wurde 1978 durch einen erneuten gewaltsamen Machtwechsel beendet, und es folgte ein weiterer Reigen von Militärs. Erst 1982 führte nach insgesamt 18 Jahren Militärdiktatur wieder ein demokratisch gewählter Präsident das Land.

Öl und Gas für die Konzerne

Die Militärs hatten ein mit vier Milliarden hoch verschuldetes Land im wirtschaftlichen Chaos hinterlassen, dessen Inflation bis zu 8767 Prozent betrug. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank verlangten Strukturanpassungsprogramme. Der Erste, der dies ernsthaft in Angriff nahm, war Víctor Paz Estenssoro, der von 1985 bis 1989 wieder als Präsident die Regierung anführte. Er begann 1985 mit der neoliberalistischen Deregulierung des Staatskapitalismus, den er 1952 selber eingeführt hatte. Sein oberstes Ziel war es, die Inflation in den Griff zu bekommen. Das gelang ihm unter anderem, indem er damit aufhörte, die Arbeit in den Minen zu subventionieren. Nach 500 Jahren intensiven Abbaus von Silber und Zinn lohnte es sich in Potosí und anderswo nicht mehr, im großen Stil weiter Bergbau zu betreiben. Brauchte man früher im Berg nur einer Ader zu folgen, musste nun das Gestein Stück für Stück gesprengt werden, um tief im Berg noch ein paar Erzreste zu finden. Die staatliche Bergbaugesellschaft COMIBOL entließ massenhaft Arbeiter, gleichzeitig wurden Sozialausgaben und staatliche Dienstleistungen gekürzt. Weil zudem die Preise von Lebensmitteln und Grundbedarfsartikeln stiegen, verschlechterte sich die ohnehin schwierige Lage der Bevölkerungsmehrheit noch weiter.

Der liberale Unternehmer und in den USA aufgewachsene und ausgebildete Gonzalo

Sánchez de Lozada, der von 1993 bis 1997 das Präsidentenamt innehatte, machte sich an die »Kapitalisierung«, eine bolivianische Sonderform der Reprivatisierung von Staatsbetrieben. Die Idee war, diese zur Hälfte an ausländische Investoren zu verkaufen, wobei diese 50 Prozent nicht als Kaufsumme, sondern als Investition von Kapital verstanden wurden. Mit diesem frischen Geld sollten die Betriebe modernisiert, die Produktivität gesteigert und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die so erzielten Gewinne waren für eine Rentenkasse bestimmt. Um ausländische Investoren anzulocken, wurden niedrige Steuern vereinbart. Erzminen kamen genauso unter den Hammer wie die Eisenbahn, die Elektrizitätswerke und andere staatliche Unternehmen. Doch der Plan ging nicht auf. Die Preise für die Kunden der Telefongesellschaft Entel oder der Fluglinie LAB stiegen, während der Service schlechter wurde, denn die Investoren wollten Gewinne einstreichen. Besonders deutlich wurde der Ausverkauf bei den Rohstoffen. Bolivien verfügt nach Venezuela über die zweitgrößten Erdgasreserven Südamerikas und hat außerdem reiche Erdölvorkommen. Diese Rohstoffe wurden vollständig privatisiert, auf die Gewinne aus den Konzessionen mussten Konzerne wie die brasilianische Petrobras, British Gas, Total aus Frankreich oder die transnationalen Enron und Exxon-Mobil kaum Abgaben zahlen, und von dem Energiereichtum Boliviens blieb so gut wie nichts im Land. Unterm Strich konnte nur eine sehr kleine Schicht von der »Kapitalisierung« profitieren, während der Großteil der Bevölkerung weiter verarmte. Das nationale Trauma, einen Schatz zu besitzen, von dem andere profitieren, wiederholte sich nach den Erfahrungen mit Silber und Zinn zum dritten Mal.

Reste für die Bolivianer

COMIBOL behielt die rentablen Minen, in denen die Arbeiter Festanstellungen, Sozialleistungen und halbwegs moderne Maschinen hatten. Nur etwa zehn Prozent der Bergarbeiter Boliviens arbeiten dort. Der Rest schuftet in den weitgehend ausgebeuteten Schächten, die an die Bergbaukooperativen übergeben wurden. Deren Mitglieder übernehmen nun die mühsame und gefährliche Arbeit, die letzten Reste aus dem Berg zu kratzen. Jede Kooperative hat ihren Bereich des Berges und schlägt sich ständig tiefer in ihn hinein, immer in der Hoffnung, doch noch auf eine Ader zu stoßen. Zu den Zeiten von COMIBOL hatte es erstmals Schutzmaßnahmen gegeben, außerdem statische Berechnungen und einen Plan, wo gesprengt werden durfte und wo nicht. Heute arbeitet jede Kooperative für sich, Vorschriften gibt es dabei keine, zumindest keine, die kontrolliert oder befolgt würden. Nicht selten stürzen Gänge ein, wenn ein paar Meter darunter gesprengt wird.

Jhonnig, Rodrigo und Edwin haben die Mitgliedschaften in der Bergbaukooperative von ihren Vätern geerbt. Die drei Teenager bereiten gerade die Sprengladung vor. Dynamit,

Zünder, Ammoniumnitrat, »damit es richtig kracht«. Die Lunte ist kurz, denn Zündschnur ist teuer. So schnell wie möglich stolpern wir in geduckter Haltung den finsternen Gang hinunter und kauern uns hinter einen Felsvorsprung. Es knallt ohrenbetäubend, der Berg zittert und ächzt, Steine rumpeln. Mit der Druckwelle schießt eine Ladung dichten Staubs durch den Schacht. Ein bisschen aufgeregt gehen wir zurück. Wird sich die harte Arbeit gelohnt haben? Vor lauter Staub ist kaum etwas zu erkennen. Die Jungs halten sich die T-Shirts vor Nase und Mund. Und da liegt sie, die Ader, anderthalb Meter lang! Die Erzkristalle funkeln im Licht der Grubenlampe. Edwin strahlt. »Wir haben in der Lotterie gewonnen.« Aber vorher muss erst die Erzader von der Höhlendecke geschlagen und das Gestein aus dem Stollen geschleppt werden. Insgesamt zwölf Stunden dreckige, gefährliche Knochenarbeit und zum Schluss ein Verdienst von vier Euro für jeden von ihnen. In Potosí ist das ein richtig guter Tag.

Der Beginn des Wandels

Che – seiner Zeit voraus

Seit Stunden rattert der Bus über die Schotterpiste und zieht auf den Spuren Che Guevaras eine Staubwolke hinter sich her. Es geht Berg rauf, Berg runter und wieder Berg rauf, Berg runter. An den steilen Hängen wächst dichtes, stacheliges Gestrüpp, durchsetzt mit mannshohen Kakteen. Nur ganz selten kommen wir an kleinen Siedlungen mit ärmlichen, aus Feldsteinen errichteten Hütten vorbei. Dann wieder lange nichts außer Staub, Gestrüpp und mit Steinen durchsetzte Erde. Das also ist die Gegend, durch die Ende der 1960er Jahre der asthmakranke Revolutionär mit seiner schlecht gepflegten Truppe von Guerilleros marschierte, um einen Volksaufstand in die Wege zu leiten. Ein Blick aus dem Busfenster reicht, um zu erfassen, wie hoffnungslos dieses Unterfangen war.

Nach der erfolgreichen Kubanischen Revolution von 1959 hätte sich der Argentinier Ernesto »Che« Guevara eigentlich von dem aufreibenden Leben als Revolutionär verabschieden und als Industrieminister, zusammen mit Fidel Castro, die Geschicke Kubas leiten können. Doch das ruhige Leben lag ihm nicht, er verzichtete auf den Ministerposten und ließ sich stattdessen 1966 nach Bolivien einschleusen, um dort gemeinsam mit den gerade streikenden Bergarbeitern eine Revolution vorzubereiten. Für sein Unterfangen hatte er Bolivien gewählt, weil er glaubte, dass dessen geografische Lage im Herzen Südamerikas das Land zu einem idealen Ausgangspunkt machte, um von hier aus eine Revolution zu starten, die anschließend auf die ganze Region übergreifen könnte. Außerdem glaubte er, dass die Bevölkerung Boliviens mit ihrer großen indigenen Mehrheit nach Jahrhunderten der Unterdrückung zu einem Volksaufstand bereit sei, wenn sich nur jemand fände, der sie führt.

Mit der Unterstützung Castros hatte Che 44 Guerilleros um sich versammelt, teils Veteranen des Kuba-Kampfes, aber auch Neulinge wie die Ostdeutsche Tamara Bunke, die sich 1967 den Guerilleros anschloss. Der Comandante stationierte seine kleine Truppe in den südöstlichen Berghängen der Anden, in der Hoffnung, dort unter den Bauern Mitstreiter zu finden. Doch Che hatte die Bereitschaft der *campesinos* für ihre Rechte zu kämpfen weit überschätzt. Sie fühlten sich dem gerade regierenden General Barrientos verpflichtet, der einen Pakt zwischen Militär und Bauernschaft ausgerufen und versprochen hatte, die Errungenschaften der Landreform von 1952 zu verteidigen. Kein einziger Bauer